

**Deutscher Bundestag**

Ausschuss f. Gesundheit

Ausschussdrucksache

17(14)0074(10)

gel. VB zur Anhörung am 25.10.

10\_GKV-FinG\_Block I

15.10.2010

Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Gesundheit  
des Deutschen Bundestages, 25. Oktober 2010

Lobby der Älteren



Bundesarbeitsgemeinschaft der  
Senioren-Organisationen e.V.

Bonnngasse 10  
53111 Bonn

Tel. 0228-24 99 93-11  
Fax 0228-24 99 93-20

kaiser@bagso.de

Bonn, 15.10.2010

## **Stellungnahme**

### **der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zum Entwurf eines Gesetzes zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinG)**

**Vom 28.09.2010**

**BT-Drs. 17/3040**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) betrachtet die zunehmende finanzielle Belastung der Rentnerinnen und Rentner durch steigende Gesundheitskosten mit großer Sorge. So wurden die in der GKV Versicherten und Patienten<sup>1</sup> in den vergangenen Jahren bereits immer stärker finanziell belastet, z.B. durch den nur von den Versicherten zu leistenden Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten sowie durch die volle Beitragspflicht auf Versorgungsbezüge, Betriebsrenten und Arbeitseinkommen von Rentnern. Gleichzeitig wird die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen durch die Praxisgebühr und erhöhte Zuzahlungen bei Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln stärker individuell in Rechnung gestellt. Dies trifft ältere Versicherte aufgrund chronischer und altersbedingter Erkrankungen sowie häufigerer Multimorbidität in besonderer Weise. Von der Streichung der GKV-Erstattungen für Brillen und von den gedeckelten Festbeträgen für Hörgeräte sind ältere Menschen bereits in großer Zahl betroffen.

<sup>1</sup> Ältere Menschen sind zu einem besonders hohen Prozentsatz in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert. Laut Mikrozensus waren im Jahr 2007 nur 11 Prozent der Männer über 65 Jahre und 6 Prozent der Frauen über 65 Jahre privat krankenversichert.

Eine schriftliche Befragung, die die BAGSO im Jahr 2007 im Projekt „Chancengleichheit in der gesundheitlichen Versorgung – Medizin für Jung und Alt“ unter gut 1.600 Seniorinnen und Senioren durchführte, ergab, dass sich bereits über 40 Prozent durch Praxisgebühr, Zuzahlungen und Eigenanteile „stark belastet“ fühlen. Die finanziellen Belastungen sind für Senioren besonders gravierend, da sie nach zahlreichen Nullrunden in der Gesetzlichen Rentenversicherung mit real sinkenden Renteneinkommen konfrontiert sind. Dies betrifft in besonderem Maße diejenigen älteren Bevölkerungsgruppen, die nur sehr niedrige Renteneinkommen zur Verfügung haben<sup>2</sup>. Die BAGSO hält es daher für dringend notwendig, die Beitrags- und Kostenbelastung der Versicherten und Patienten zu reduzieren.

Im nun vorgelegten Gesetzentwurf GKV-FinG sehen wir jedoch keine Ansatzpunkte für eine Reduzierung der Belastung. Im Gegenteil: gerade für Senioren steigt die Gefahr, durch die vorgeschlagenen Maßnahmen noch stärker belastet zu werden. Wir kritisieren insbesondere die Doppelbelastung der Versicherten aus Beitragserhöhung sowie einkommensunabhängigen und unbegrenzten Zusatzbeiträgen. Der Gesamtbeitrag der Versicherten könnte so auf 10,2 Prozent steigen, ohne dass der geplante Sozialausgleich überhaupt greift. Da der Sozialausgleich nicht auf dem kassenindividuellen Zusatzbeitrag, sondern auf dem Durchschnittsbeitrag aller Krankenkassen basiert, kann dies dazu führen, dass die Differenz zwischen individuellem Zusatzbeitrag und Durchschnittsbeitrag trotz „Sozialausgleichs“ von den Versicherten allein getragen werden muss.

Die BAGSO begrüßt ausdrücklich, dass die Präventions- und Früherkennungsleistungen von den Ausgaben begrenzenden Regelungen ausgenommen sind, haben wir bei unserer Untersuchung im Jahr 2007 doch festgestellt, dass teilweise bereits aus Kostengründen auf notwendige Arztbesuche, Behandlungen, Medikamente oder Hilfsmittel verzichtet wird.

Zugleich weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass die Bemühungen um eine Beseitigung regionaler medizinischer Unterversorgung gerade in ländlichen Räumen konsequent weiterverfolgt werden sollten und mit konkreten Maßnahmen vor Ort erfolgreich umgesetzt werden müssen.

Bonn, 15.Oktober 2010

Dr. Guido Klumpp  
Geschäftsführer

Claudia Kaiser  
Referentin für Gesundheits- und Pflegepolitik

---

<sup>2</sup> Vgl. Daten des Deutschen Alterssurveys DEAS 2008 ([www.dza.de](http://www.dza.de)).